



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Klais

Telefon: (0221) 221-29366

Fax: (0221)

E-Mail: bruno.klais@stadt-koeln.de

Datum: 06.06.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 14.05.2018, 15:10 Uhr bis 17:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD

Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Herr Reinhold Goß	Stadtschulpflegschaft

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
-------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Ebru Coban	auf Vorschlag des Integrationsrat
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der Schulpost ausgelegt wurde. Zudem ist der Jahresbericht des Amtes für Weiterbildung ausgelegt worden.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

- Zwei Dringlichkeitsanträge gemäß § 12 als TOP 2.1 und TOP 2.2
- die bereits zur Sitzung am 05.03.2018 umgedruckte Anfrage AN/0257/2018 nebst der dazugehörigen Beantwortung (DS Nr. 1383/2018) als TOP 3.1.1 sowie die neuen Anfragen unter TOP 3.2.2 und 3.2.3
- die Mitteilung unter TOP 9.1

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 1532/2018

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Einrichtung einer 3-zügigen Dependence einer Gesamtschule am Standort der Elsa-Brändström-Realschule
AN/0743/2018
- 2.2 Die Schullandschaft in Porz bedarfsgerecht & zukunftssicher weiterentwickeln
AN/0761/2018

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.1.1 Anmeldezahlen Grundschulen
AN/0257/2018

Anmeldezahlen Grundschulen - Anfrage BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
AN/0257/2018
1383/2018
- 3.2 Neue Anfragen
 - 3.2.1 Geänderte Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr
AN/0598/2018
 - 3.2.2 Schulabgänger*innen in Köln – Schuljahr 2016/2017
AN/0721/2018
 - 3.2.3 Konzeptionelle Planung zum Aufbau von Schulcontainern
AN/0746/2018

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Schulrechtliche Anpassung der Zügigkeit der Sekundarstufe II der Heinrich-Böll-Gesamtschule, Merianstraße 11, 50765 Köln an die bestehende Aufnahmesituation
0687/2018

5 Mitteilungen

- 5.1 Symposium „Einmal Kunst, bitte! Kulturelle Bildung mit Artotheken“ am 6. Juli 2018 in der artothek der Stadt Köln
1040/2018
- 5.2 Maßnahmenliste Sanierung von Schultoiletten
1159/2018
- 5.3 Kooperationsprojekt Pollicino
1268/2018
- 5.4 Jahresbericht 2017 des Amtes für Weiterbildung/Volkshochschule liegt vor
1331/2018
- 5.5 Ankündigung Fachtag Coding sowie Kooperation mit Coding for tomorrow
1398/2018

6 Anfragen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 1532/2018

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf Anlage 3 und fragt, welche Auflagen zum Brandschutz damit gemeint sind. Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, erläutert, dass es sich bei der Heliosschule um das erste Projekt einer Lernlandschaft mit einem hohen Komplexitätsgrad handle. Dadurch sind teilweise Abweichungen von Vorschriften der Bauordnung NRW erforderlich, weshalb man sich mit der Berufsfeuerwehr und der Bauaufsicht detailliert abstimmt. Beide Dienststellen haben erklärt, das Vorgehen mitzutragen. Zurzeit ist das Projekt in der Planungsphase II bis III und wird laufend fortentwickelt. Zusammenfassend bewertet er das so, dass sich daraus keine Verzögerungen ergeben werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt bezugnehmend auf Anlage 2 nach dem Sachstand der Container bei der Schule Andreas-Hermes-Straße. Vor Ort sei die Vermutung geäußert worden, dass die Schulentwicklungsplanung nicht angemessen auf die Bevölkerungsentwicklung reagieren würde. Er bittet deswegen um einen detaillierten Sachstand; insbesondere, ob dort weitere Kapazitäten geschaffen werden müssen. Zudem liegen noch keine Anmeldezahlen für die Grundschulen vor; einige Kinder scheinen an andere Schulen verwiesen worden zu sein.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, ergänzt, dass in der Bezirksvertretung seitens der Grünen vorgebracht worden sei, dass eine solche Mitteilung, wie sie zuletzt im Schulausschuss gewesen ist, der BV als Entscheidungsvorlage hätte vorgelegt werden müssen.

Frau Heuer räumt ein, dass die Verwaltung solche Dinge künftig als Beschlussvorlage einbringen wird. Zu der Sachfrage bei der Andreas-Hermes-Straße verweist sie auf die Darstellung im letzten Schulausschuss. Die Fehler im Anmeldeverfahren sind unter Verantwortung der Bezirksregierung korrigiert worden. An der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Kalk haben Vertreter des Schulamtes sowie der Bauabteilung und der Schulentwicklungsplanung teilgenommen und den Bezirksvertretern das Verfahren genauestens erläutert. Mittlerweile hat der Prüfparameter „Schulweg“ im Anmeldeverfahren eine höhere Bedeutung als früher bekommen. Dadurch sind Schüler anderen Grundschulen zugewiesen worden. Frau Heuer betont, dass insgesamt alle Kinder mit Schulplätzen versorgt worden sind.

Zu den Schulcontainern nimmt Frau Heuer Bezug auf den bereits erteilten Auftrag, dem Ausschuss eine umfangreiche Vorlage zu den Containerstandorten vorzulegen. Dafür müssen allerdings zurzeit 87 Standorte genauer betrachtet werden. Sie betont, dass die Verwaltung den Auftrag nicht so wird umsetzen können, wenn einige Bezirksvertretungen sich hinter „ihre“ Schulen stellen, das Vorgehen ablehnen und sich die Politik diesem Votum anschließen würde. Wenn die Schulen teilweise andere Auf-

fassungen als die Verwaltung vertreten, müsse hierüber im Schulausschuss entschieden werden.

Bei der Andreas-Hermes-Straße wird die Verwaltung darstellen, dass Container als nicht erforderlich angesehen werden; die Bezirksvertretung Kalk möchte jedoch zusätzlich welche haben. Dies sei einer dieser Fälle, der im Schulausschuss abschließend entschieden werden muss.

Frau Dr. Klein ergänzt am Beispiel des Schulstandortes Ringelnatzstraße, dass der Schulausschuss die Räume dieser Schule entgegen dem Votum der Bezirksvertretung dem Gymnasium zugewiesen hat. Ohne diesen Beschluss hätte es im Anmeldeverfahren große Probleme gegeben. Insgesamt ist die Verwaltung mittlerweile an dem Punkt angelangt, wo gesamtstädtischen Interessen Vorrang vor Partikularinteressen eingeräumt werden muss.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin (FDP), bittet zum Schulneubau auf dem Helios-Gelände um Aufklärung, was „in Kürze“ bedeutet. Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, sagt für die Ausschusssitzung am 11. Juni dazu eine Aussage zu, ob möglicherweise der Endtermin gefährdet wäre.

Frau Westphal möchte zur Anlage 4 erfahren, welcher Zweck mit dieser Aufstellung der Projektstruktur verfolgt wird. Insbesondere zur Kapazitätserhöhung an Gymnasien bittet sie um eine genauere Darstellung für die nächste Ausschusssitzung und um Antwort, wie weit dafür die Planungsstände gediehen sind.

Frau Dr. Klein erläutert dazu, dass darin noch nicht die Umstellung auf G 9 berücksichtigt ist, sondern sich dies auf die bisherigen Ratsbeschlüsse bezieht. Inhaltlich wird die Verwaltung darauf in der Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung für den Herbst eingehen und darstellen, an welchen Standorten für G 9 nochmals erweitert werden kann und wo neu gebaut werden muss. Sie betont, dass einer der ersten Punkte der Abstimmung mit dem neuen Baudezernenten Herrn Greitemann sein wird, dass neue Flächen für Schulen gebraucht werden, weil diese Bedarfe nicht mehr auf vorhandenen Standorten alleine realisiert werden können.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, möchte zu der Anlage 2 wissen, welches Raumprogramm für eine Gesamtschule erfüllt sein muss, wenn sie in einem Interim startet. Sind in einem solchen Fall auch Lehrerarbeitsplätze vorhanden? Herr Gräbener erläutert, dass im ersten Jahr Container benutzt werden; in dem festen Interimsgebäude ab dem nächsten Schuljahr werden dann diese Räume zur Verfügung stehen. Im ersten Jahr - das heißt bei der weiterführenden Schule das 5. Schuljahr - sind keine Fachräume erforderlich.

Zur Anlage 1 bittet Herr Kockerbeck um Mitteilung, wie viele der Containereinheiten für die priorisierten Schulen vorgesehen sind. Frau Heuer erinnert in diesem Zusammenhang an die Notwendigkeit einer Prioritätenliste für die Schulen und erläutert, was dies bedeutet.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), bittet bei den Überlegungen zur Umsetzung von G 9 nicht zu vergessen, dass auch die Gesamtschulen zusätzliche Räume brauchen werden und dabei Gesamtschulen eine Entlastung für das Platzangebot in der Sek II darstellen.

Die Mitteilung wird zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Einrichtung einer 3-zügigen Dependance einer Gesamtschule am Standort der Elsa-Brändström-Realschule AN/0743/2018

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, begründet ihren Dringlichkeitsantrag. Es habe in den vergangenen Sitzungen bereits ausführliche Prüfaufträge zu diesem Standort gegeben; es sei nun an der Zeit, eine Entscheidung zu treffen. Sie schlägt deswegen vor, an diesem Standort mit einer 3-zügigen Dependance einer Gesamtschule zu starten. Dafür müsse zuvor ein Profil erarbeitet werden, was auch ihren Anteil an der NRW Sportschule beinhaltet.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), warnt, dass 3 Gesamtschulen schon mit Teilstandort-Modellen betrieben werden. Sie hat mit der Schulleiterin der Realschule gesprochen; wegen des besonderen Sportangebotes sei ein integriertes Modell einer Gesamtschule angezeigt. Das Konzept müsse von Jahrgangsstufe 5 bis 13 tragen. Sie bezweifelt, dass man ein solches Konzept einfach einer anderen Gesamtschule angliedern könnte. Daher sei hier eine eigene Gesamtschule mit Sportprofil erforderlich, die das Konzept mit ihren Partnern intensiv abstimmen können muss.

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen, schließt in seiner Argumentation an den Beschluss vom 5. März mit diversen Prüfaufträgen zur Realisierung einer Gesamtschule am Standort Berrenrather Straße an. Dieser gehe über den Antrag der FDP hinaus und dafür sei eine gründliche Vorarbeit der Verwaltung erforderlich. Er möchte wissen, was davon bereits vorliegt und meldet deswegen Beratungsbedarf an.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, schließt sich den Vorrednern an und sieht ebenfalls Beratungsbedarf.

Frau Ruffen antwortet Frau Naegele, dass ihre Fraktion eine solche Dependance vertikal angedacht habe; es sollte eher verwaltungstechnisch betrachtet eine Dependance sein. Die im Antrag genannte 4-Zügigkeit basiert darauf, weil es die gesetzlichen Bestimmungen anders nicht zulassen würden.

Auf die Frage des Herrn Dr. Schlieben antwortet Frau Dr. Klein, bezüglich des vom Ausschuss gewünschten Ankaufes des Grundstückes der Russischen Föderation sei die Gebäudewirtschaft mit einem solchen Ankauf beauftragt. Eine vierzügige Gesamtschule auf dem Grundstück an der Berrenrather Straße zu errichten, sei in der Prüfung. Die Verwaltung plädiert dafür, den Antrag in die nächste Sitzung zurückzustellen; eine Lösung muss gefunden werden und wird zum Schuljahr 2019/20 benötigt. Frau Dr. Klein hofft, die Vorlage in der kommenden Sitzung vorlegen zu können.

Auf Nachfrage von Frau Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, antwortet Frau Ruffen, dass ihre Fraktion ebenfalls diese Sportschule erhalten möchte.

Herr Dr. Schlieben lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, am Standort der Elsa-Brändström-Realschule Köln-Sülz zum Schuljahr 2019/20 eine vertikale 3-zügige Dependance der nächstgelegenen Gesamtschule zu gründen.

Diese Dependance soll als Stützpunkt Sportschule NRW ausgebaut bzw. angelegt werden. Langfristiges Ziel bei der Anlage der Dependance ist eine Überführung in eine mindestens 4-zügige neu zu gründende Gesamtschule, sobald eine Lösung für die räumlichen Anforderungen gefunden wird.

Die Beschlussfassung zu diesem Antrag wird wegen Beratungsbedarfes in die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2.2 Die Schullandschaft in Porz bedarfsgerecht & zukunftsicher weiterentwickeln AN/0761/2018

Herr Dr. Schlieben begründet für die antragstellenden Fraktionen diesen Dringlichkeitsantrag. Er habe darüber mit der Bezirksvertretung Porz gesprochen. Grundsätzlich unterstützt er die Befassung der Bezirksvertretung mit Fragen der Schulentwicklung. Ergebnis der Diskussion sei der dem Antrag als Anlage beigefügte einstimmig - bei Enthaltung der SPD - gefasste Beschluss. Der Antrag enthalte darüber hinaus besondere Betonungen; sein Ziel sei es, mehr Gesamtschulplätze zu erreichen. Dabei wolle man eine Entkopplung vom Baugebiet Zündorf-Süd gewährleisten. Er bittet um Zustimmung dafür, die Verwaltung mit der wohlwollenden Prüfung der Punkte des Beschlusses der BV Porz zu beauftragen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/die Grünen, betont, man möchte der gesamtstädtischen Verantwortung gerecht werden und spricht sich deswegen dafür aus, dieses weiträumig zu prüfen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erläutert, die SPD habe sich enthalten, weil seine Fraktion vor Ort eine eigenständige Gesamtschule realisiert sehen wollte. Diese Initiative möchte seine Fraktion mitgeprüft wissen. Denn nach dem Punkt 4 des Antrages könnte auch eine Gesamtschulneugründung infrage kommen. Aus diesem Grund stellt er für seine Fraktion den mündlichen Änderungsantrag, es sollen kurzfristig Standorte für die Errichtung einer eigenständigen Dependence geprüft werden. Im Übrigen kann er dem Antrag für seine Fraktion zustimmen.

Herr Dr. Schlieben erläutert, dass der Punkt 4 den Auftrag der Prüfung beinhalte, ob in den Räumen der Johann-Amos-Comenius-Schule eine Gründung möglich wäre. Insofern sei die Frage der Eigenständigkeit sehr wohl eingeschlossen.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), erinnert daran, dass die Gesamtschule ursprünglich 9- zügig konzipiert war, heute aber kleiner ist, weil dies pädagogisch besser zu handhaben sei. Man sollte dieser Gesamtschule in Porz nicht noch einen Teilstandort anhängen. Außerdem stellt sie dar, dass eine neue Gesamtschule ein neues Konzept erstellen müsse und dann einen eigenen Bedarf erzeugen werde. Im Grunde müsse also eine Dependence ein ebenso gutes Konzept wie der Hauptstandort haben. Aus diesem Grund sei die Gründung einer eigenständigen Gesamtschule sinnvoller.

Dr. Schlieben stimmt zu, dass dies im Grunde zutreffe, dem aber der Bedarf entgegensteht, wonach schnell Gesamtschulplätze geschaffen werden müssen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, unterstützt den Änderungsantrag der SPD und bittet die Antragsteller um Erläuterung des Punktes 5, ob die neue Gesamtschule dann diejenige in Zündorf ersetzen solle. Auf eine entsprechende Frage von Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, erläutert Herr Thelen, dass beabsichtigt ist, die Verwaltung möge alle Prüfaufträge dieses Antrages gleichrangig untersuchen.

Herrn Dr. Schlieben stellt im Hinblick auf die Frage von Herrn Kockerbeck fest, dass das Ziel des Antrages die Schaffung einer neuen Gesamtschule ist. Bis das möglich ist, sollen kurzfristig neue Schulplätze geschaffen werden. Wenn es gelingt, eine neue Gesamtschule zu errichten, bestünde auch die Möglichkeit, dass die bereits vorhandene an den neuen Standort umziehen könne.

Herr Kockerbeck stellt den Änderungsantrag, in Punkt 5, Satz 1 den Nebensatz „in welche nach Errichtung die möglichen Gesamtschulklassen des Schulzentrums Zündorf einziehen.“ zu streichen.

Herr Pfeuffer erläutert zu der Diskussion, dass die Verwaltung mit diesem Prüfauftrag insofern kein Problem sieht, weil er inhaltlich nah an dem in der Schulentwicklungsplanung in 2016

dargestellten Weg ist. In auslaufenden Systemen könnten grundsätzlich Gesamtschulplätze eingerichtet werden. Wenn das Baugebiet Zündorf-Süd kommt, wird auch dort eine weiterführende Schule gebraucht werden. Die Verwaltung wird die Vorschläge und ihre Prüfung in die aktualisierte Schulentwicklungsplanung integrieren.

Herr Dr. Schlieben lässt zunächst über die beiden Änderungsanträge abstimmen.

1. Beschluss:

Über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, im 5. Punkt, Satz 1 den Nebensatz „in welche nach Errichtung die möglichen Gesamtschulklassen des Schulzentrums Zündorf einziehen.“ zu streichen:

Abstimmungsergebnis:

Dafür: die Stimmen von SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke (5); dagegen: die Stimmen der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP-Fraktion (7). Somit mehrheitlich abgelehnt.

2. Beschluss:

Über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, im

1. Punkt den 1. Satz durch folgende Formulierung zu ersetzen:
„kurzfristig Standorte für die Errichtung einer eigenständigen Dependance zu prüfen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: die Stimmen von SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke (5); dagegen: die Stimmen der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP-Fraktion (7). Somit mehrheitlich abgelehnt.

Gesamtabstimmung:

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, den Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 26.04.2018 (TOP 8.15, siehe Anlage) als Prüfauftrag bei der Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung, insbesondere bei den Maßnahmen M84 und M85 der aktualisierten Schulentwicklungsplanung von 2016, mit zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Anmeldezahlen Grundschulen AN/0257/2018

**Anmeldezahlen Grundschulen - Anfrage BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
AN/0257/2018
1383/2018**

Herr Goss merkt zu den Empfehlungen der Grundschulen an, die Stadt habe angegeben über keine Statistik zu den Empfehlungen der Grundschulen zu verfügen. IT NRW habe jedoch

eine Information veröffentlicht, wie sich Eltern im Hinblick auf die Empfehlungen verhalten. Herr Pfeuffer sagt zu dieser Frage eine Information zur nächsten Sitzung zu. Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Ohne TOP:

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Bunt), erinnert an eine Antwort zu ihrer älteren Anfrage vom August 2017 (AN/1174/2017, TOP 3.2.3) zur Schulbildung für jüngere Geflüchtete; diese nahm Bezug auf einen Pressebericht, wonach womöglich ohne Rechtsgrund für diese jungen Erwachsenen BAFöG gezahlt worden sei.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, erinnert an die Beantwortung seiner Anfrage vom März, inwieweit die Bezirke nur für Grundschulen zuständig sind. Frau Dr. Klein erläutert, dass innerhalb der Verwaltung ein Abgrenzungskatalog der Zuständigkeiten der Bezirksvertretungen im Hinblick auf die Zuständigkeiten des Fachausschusses in Bezug auf die weiterführenden Schulen in Arbeit sei. Die Frage ist daher an das Büro der Oberbürgermeisterin weitergegeben worden, wo die Fragestellung kommunalverfassungsrechtlich geprüft werde. Die Antwort kann sich noch etwas verzögern.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Geänderte Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr AN/0598/2018

Eine Beantwortung lag noch nicht vor.

3.2.2 Schulabgänger*innen in Köln – Schuljahr 2016/2017 AN/0721/2018

Eine Beantwortung lag noch nicht vor.

3.2.3 Konzeptionelle Planung zum Aufbau von Schulcontainern AN/0746/2018

Eine Beantwortung lag noch nicht vor.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Schulrechtliche Anpassung der Zügigkeit der Sekundarstufe II der Heinrich-Böll-Gesamtschule, Merianstraße 11, 50765 Köln an die bestehende Aufnahmesituation 0687/2018

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin (FDP), hat dem Votum der Schulkonferenz entnommen, dass eine Generalinstandsetzung bevorstünde und möchte dazu wissen, wann diese Maßnahme fertig wird und wie viel Quadratmeter danach der Schule zur Verfügung stehen. Frau Heuer antwortet, dass die Schule bereits vor dem Umbau über mehr Quadratmeter verfügte, als nach den Richtlinien vorgesehen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW für die Heinrich-Böll-Gesamtschule zum Schuljahr 2018/19 die Änderung der Zügigkeit in der Sekundarstufe II von 5 Zügen auf 6 Züge. Die Kapazität der Sekundarstufe I bleibt unverändert bei 8 Zügen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.
3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

5 Mitteilungen

5.1 Symposium „Einmal Kunst, bitte! Kulturelle Bildung mit Artotheken“ am 6. Juli 2018 in der artothek der Stadt Köln 1040/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Maßnahmenliste Sanierung von Schultoiletten 1159/2018

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fragt ob der abzuarbeitende Gesamtkostenumfang von ca. 2,3 Millionen € die von den Fraktionen zugesetzten 1,4 Millionen € mit umfasst. Herr Dr. Schlieben bittet, die Auskunft der Gebäudewirtschaft dazu zum Protokoll zu nehmen. Herr Gräbener bemerkt zu der Frage von Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob das Tätigwerden des Amts für Schulentwicklung von zufälligen Elternmeldungen abhängt, dass es dabei nicht um die Meldung von Schäden, sondern um zusätzliche Beratung zu den Konzepten der Schulen geht. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Kooperationsprojekt Pollicino 1268/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Jahresbericht 2017 des Amts für Weiterbildung/Volkshochschule liegt vor 1331/2018

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, ist erfreut darüber, dass das Amt für Weiterbildung für weitere 5 Jahre die Zulassung des Bamf erhalten hat. In diesem Zusammenhang erinnert er an die frühere Diskussion zur Problematik einiger Beschäftigungsverhältnisse; der Fachverband fordere für diese Fälle bessere Arbeitsbedingungen. Nach seinen Informationen gibt es beim Amt für Weiterbildung 50 Lehrkräfte, die bei der VHS ihren Beschäftigungsschwerpunkt haben. Einige davon hätten Anträge auf Urlaubsentgelt gestellt, wozu er wissen möchte, wie viele dieser Personen darauf Anspruch hätten.

Herr Schüller antwortet dazu, es gebe rund 80 Anspruchsberechtigte. Die Urlaubsabgeltung wird auch denen gewährt, die berufsbezogenen arbeiten und die in Projekten und Maßnahmen arbeiten. Im Übrigen habe man zuletzt die Honorare der Lehrenden auf 35 € pro Stunde erhöht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Ankündigung Fachtag Coding sowie Kooperation mit Coding for tomorrow 1398/2018

Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass man über dieses Projekt insgesamt noch einmal reden müsse. Frau Heuer bemerkt zu der Frage von Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wie viele Anmeldungen vorliegen, dass der Termin bereits am 15. Mai stattfindet und von den Anmeldungen her schon mehrfach überzeichnet ist. Das Angebot des Amtes sei ein Erfolgsmodell.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin (FDP) bittet um ein Zwischenergebnis und darum, jemanden von den betroffenen Schulen zu den Erfahrungen mit dem Calliope-Projekt einzuladen. Zudem bittet sie um Angaben, nach welchen Kriterien die Schulen ausgewählt wurden. Frau Heuer nimmt Stellung zu den Bemerkungen zu den Calliope Minicomputern und bestätigt, eine Evaluation durchführen zu können. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass die technische Entwicklung rasant voranschreitet. Calliope sei dabei nur einer von vielen Bausteinen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion zeigt sich sehr erfreut über diese Mitteilung und weist darauf hin, dass die Initiative zu dem Calliope-Projekt von der SPD kam. Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, ergänzt, dass das seinerzeit diskutierte System nicht zum Standard werden sollte, sondern für die Grundschulen als ein mögliches System für ein frühes Heranführen an das Programmieren gedacht war. Zudem war seinerzeit der Kostenfaktor für die Geräte extrem günstig.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Goss bezieht sich auf die zum 25. Mai in Kraft tretende EU-Datenschutzgrundverordnung. Die Bezirksregierung habe in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, dass diese auch die Schulen betrifft. Für die jetzt wieder bevorstehenden Pflerschaftswahlen hatte die Verwaltung der Stadtschulpflegschaft in der Vergangenheit entsprechende Listen übermittelt. Herr Goss bittet um Auskunft, wie die Stadtschulpflegschaft vor dem Hintergrund der neuen Datenschutzgrundverordnung diese Listen noch rechtskonform führen kann und bittet die Verwaltung, dazu eine Handreichung zur Verfügung zu stellen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass es an der Dependence der Montessori-Grundschule in Riehl und weiteren Schulen Probleme mit Fensterarbeiten gibt. Er bittet, dem Schulausschuss darzustellen, um welche Probleme es konkret geht und wie diese ausgeräumt werden können. Frau Ruffen, FDP-Fraktion, ergänzt, dass es dabei auch um die OGS in dieser Schule gehe.

Frau Heuer geht in ihrer Stellungnahme darauf ein, dass es dazu eine jahrelange Vorgeschichte zwischen 3 beteiligten Schulen und der Elternschaft gibt; aktuell steht eine Auslagerung für 12 Wochen wegen einer Fenstersanierung an. Hinter der jetzt aufgeworfenen Frage steht auch die Grundsatzfrage der Nutzung von Ganztagsräumen auch am Vormittag. Seitens der Verwaltung stehen noch in dieser Woche abschließende Gespräche mit der Montessori-Grundschule an; die Schulaufsicht ist dabei als Mediator eingeschaltet.

Bezüglich des Grundschulstandortes Friedrich-Karl-Straße gibt es eine neue Situation. Auch darüber wird mit der Montessori-Grundschule gesprochen. Über einen Umzug wird - gegebenenfalls unter neuen Voraussetzungen - mit der Schule ebenfalls noch gesprochen werden.

Zur Nachfrage von Frau Ruffen, ob die OGS in die Gespräche einbezogen werde, informiert Frau Heuer, dass dies generell in der Verantwortung der Schule liegt; diese werde die OGS sicher einbeziehen.

Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, wann die Anmeldezahlen für die Realschulen vorgelegt werden. Frau Heuer antwortet, dass die Plätze entsprechend dem Vortrag der Verwaltung im letzten Schulausschuss für die Eltern bis zum 4. Mai freigehalten worden sind. Danach mussten die aktuellen Zahlen nochmals abgefragt werden. Wie bereits mitgeteilt, werden die Ergebnisse dem Schulausschuss zu der Sitzung am 11. Juni vorgelegt werden.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, möchte wissen, wann die Aula der Gesamtschule Höhenhaus voraussichtlich fertig sein soll und ob insofern die Angabe (Baudauer von 2019 bis 22) im Internetauftritt der Gebäudewirtschaft zutreffend ist. Die Antwort zu dieser Frage wird von der Gebäudewirtschaft nachgeliefert.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erinnert an ihre Nachfrage aus der letzten Sitzung zu den angeblich fehlenden Plänen für die Fachräume im G-Trakt des Apostelgymnasiums. Die Antwort zu dieser Frage wird von der Gebäudewirtschaft nachgeliefert.

Herr Dr. Schlieben nimmt Bezug auf die Podiumsdiskussion in Porz zur Zukunft der Gemeinschaftsgrundschule Hauptstraße. Dabei sei verabredet worden, dass die Parteien eine interfraktionelle Anfrage stellen werden. Er übergibt dazu den Text der mündlichen Anfrage; diese ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

7 Verschiedenes

Köln, den

gez. Dr. Schlieben

Vorsitzender

gez. Klais

Schriftführer

Anlage 1

CDU
Grüne
Linke
FDP

**Mündliche Anfrage am 14.05.2018 im Schulausschuss
„GGG Hauptstraße in Porz-Mitte“**

Mit Blick auf die Podiumsdiskussion vom 19.04.2018 zur Zukunft der GGS Hauptstraße sowie der Beantwortung der Verwaltung auf eine frühere Anfrage (2493/2017 11.09.2017) bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann erfolgt die Auslagerung der Schule in die avisierten Modulbauten, welchen Umfang haben die Modulbauten und wo werden diese aufgestellt?
2. Wie lange wird die Schulgemeinde die Modulbauten nutzen (können)?
3. Wie sieht der aktuelle Zeit-/Maßnahmenplan für den Neubau am selben Standort aus?
4. Welche konkreten Planungen für den Neubau sind aktuell schon fertiggestellt?
5. Mit welchen zeitlichen Verzögerungen wäre bei einer möglichen Errichtung des Neubaus an einen anderen Standort (zum Beispiel an der Glashüttenstraße) zu rechnen? Gibt es Möglichkeiten diese Verzögerungen zu verkürzen?
6. Wie sehen die aktuellen Planungen für die Verlagerung des Berufskollegs nach Deutz aus? Werden die Planungen für und die Realisierung des Neubaus der GGS Hauptstraße vom Umzug des Berufskollegs beeinflusst?
7. Existieren zurzeit Planungen, welche die Musikschule in Porz (Rheinische Musikschule und Carl-Stamitz-Musikschule) sowie das dort erfolgreich praktizierte Musikschul-Modell betreffen?